bnr.de
blick nach rechts

24. Jahrgang | 09 | 27. April 2007

Rechte Szene 2

Antikapitalistische Demagogen
Gewerkschaften gehören zum Feindbild der NPD. Die rechtsextreme Partei will selbst für die „Interessen aller deutschen Arbeiter kämpfen“.

13 Sitze für die NPD
Die rechtsextreme Partei konnte ihre Verankerung in den kommunalen Parlamenten Sachsen-Anhalts erheblich steigern.

Der Maulwurf
Rechtsextremist ist beim Technischen Hilfswerk aktiv und wurde für seine Verdienste dort bereits ausgezeichnet.

Personenkarusell
In der sächsischen NPD werden die Posten umbesetzt.

Warnung vor „No-Go-Area“
Rechtsextreme Übergriffe in Berlin-Lichtenberg.

Treffen im „Deutschen Haus“
Völkisch gekleidete Menschen versammeln sich jedes Jahr zu Ostern in der niedersächsischen Heide.

Ausland 8

Kandidat des Abstiegs
Rund ein Viertel der früheren Le Pen-Wähler stimmten für Sarkozy. Le Pen erhielt die höchste Zustimmung bei Zeitarbeitern und in früheren Arbeiterregionen.

Vermasselter „Geburtstag“
Internationaler rechtsextremer Kongress am 21. April in Lissabon ist kurzfristig geplatzt.

Grauzone 10

Buchhalter des Schreckens
Führungskopf der Foltersekte Colonia Dignidad in Deutschland aufgespürt – Kontakte bestehen zu rechtsklerikalen Fundamentalisten.

Seitenblick 11

Bedrohung aus dem Fanblock
Ausländerfeindliche Gesänge und Sprechchöre gegen den Präsidenten des eigenen Handball-Vereins.

Meldungen 12

Rechte Szene

Antikapitalistische Demagogen

Gewerkschaften gehören zum Feindbild der NPD. Die rechtsextreme Partei will selbst für die „Interessen aller deutschen Arbeiter kämpfen“.

Wenn Neonazis am 1. Mai auf die Straße gehen, wollen sie sich auch als die besseren Arbeitnehmervertreter gerieren. Die Gewerkschaften haben sie längst abgeschrieben. Beispielhaft dafür steht der Aufruf zur Dortmunder Demonstration, vorbereitet von parteilosen Neonazis und unterstützt durch die NPD. Gewerkschaften sind demnach „Helfershelfer“ von Kapital und Herrschenden: „Die Knechte des Kapitals, die Räder, die dieses System am Laufen halten, haben nur das Interesse, ihre eigene Position zu sichern! Solange ein Schulterschluss mit den Vasallen und Apologeten der Ausbeutung gesucht wird, solange kann soziale Gerechtigkeit nur eine Worthülse bleiben.“

Gewerkschafter gehören zum Feindbild von Neonazis. Nicht nur, aber auch, weil manche von ihnen als Gegendemonstranten auf der Straße zu finden sind, wenn Rechtsextremisten aufmarschieren wollen. Als 1000 Essener am 28. April gegen eine Kundgebung der NPD unter dem Motto „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre“ protestierten, kommentierte das ein Berichterstatter des Parteinachwuchses JN so: „Gerade Gewerkschaften hätten die Thematik begrüßen müssen und zeigen doch wieder einmal ihr wahres Gesicht. Von der Interessenvertretung des kleinen Mannes ist keine Spur zu sehen.“ Der Junge Nationaldemokrat hat ein „großes“ Vorbild: NPD-Chef Udo Voigt fabulierte vor sechs Jahren im Parteiblatt „Deutsche Stimme“ (DS): „Die einst große Arbeiterbewegung der Gewerkschaften ist tot.“ Und auch den 1. Mai wollte er ihnen streitig machen: Der gehöre „nicht den Gewerkschaften, sondern dem Arbeiter“ – und dessen wahrer Sachwalter ist aus Voigts Sicht nun mal die NPD. Entsprechend gilt es auch, den 1. Mai für sich zu okkupieren. Im vorigen Jahr rief die Partei zur Demonstration in Rostock auf; etwa 1500 Teilnehmer wurden gezählt. Zwei Jahre zuvor waren es in Berlin noch 2300 bei einem Aufmarsch der NPD gewesen. Rein zahlenmäßig hält sich der Erfolg des Konzepts, den 1. Mai zu besetzen, in Grenzen. In den letzten drei Jahren kamen bundesweit stets „nur“ zwischen 2400 und 3400 Rechtsextremisten zu den verschiedenen Veranstaltungen zum „Tag der nationalen Arbeit“.

Wenn die NPD als Sachwalter der Arbeiter fungiert, wie von Voigt behauptet, ist es nur logisch, dass Gewerkschaften in der Programmatik der NPD so gut wie keine Rolle spielen. Im 20-seitigen Parteiprogramm taucht das Stichwort ein einziges Mal auf: im Kapitel „Deutschland muss wieder deutsch werden“, wo es heißt: „Im Zusammenspiel von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften wurden Millionen von Ausländern wie Sklaven der Neuzeit nach Deutschland geholt.“ Ansonsten? Fehlanzeige. Im 80-seitigen Aktionsprogramm der NPD ist von den Arbeitnehmerorganisationen überhaupt nicht die Rede.

„Systemfromme Nutznießer des Kapitalismus“

Wie in der Partei über Gewerkschaften gedacht wird, verraten eher Einträge im sehr NPD-nahen „Nationalen Forum Deutschland“. Dort entwickelte sich in diesem Frühjahr eine Diskussion zum Thema. Die Gewerkschaften seien „der Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern nicht im Geringsten nachgekommen ... Auch beim Sozialabbau haben diese Heuchler umfangreich mitgewirkt.“, schrieb der Initiator dieser Diskussion. Es folgte ein Abgesang auf die Arbeitnehmerorganisationen. „Gewerkschaften wurden von der Kapitalseite ins Leben gerufen, um eine scheinbar legitimierte und für die Interessen der Arbeiter berufene Organisation zu haben, die für Ruhe unter den Arbeitern sorgt, aber die hellen Köpfe der Arbeiterführer mit hoch dotierten Posten ruhig zu stellen versucht. Was ja auch wunderbar funktioniert.“, meinte einer. Offen in die Tradition des Nationalsozialismus stellte sich ein Autor „Naturfreund“: „Unter einer für das Volk arbeitenden Regierung ist jede Gewerkschaft überflüssig.“

Geht es nach dem Münsteraner NPD-Kreisgeschäftsführer Markus Pohl, ist sie nicht erst überflüssig, wenn eine „nationale Regierung“ an der Macht ist, sondern bereits heute. „Anders als die Gewerkschaften, welche ihre Mitglieder auf zahlreichen Kundgebungen am 1. Mai, bei Gratis-Bier und laschen Reden, bei Laune halten möchten, wird die NPD in Vechta und in vielen anderen deutschen Städten für die Interessen aller

deutschen Arbeiter kämpfen!“, schrieb er in einem offenen Brief, nachdem sich gegen die Ankündigung einer NPD-Demo zum 1. Mai in der niedersächsischen Provinzstadt Protest aus den Reihen des DGB geregt hatte. Pohl macht den Gewerkschaften aus extrem rechter Sicht ein Sündenregister auf: Sie hätten „kommentarlos dabei zugesehen, wie die Etablierten in den sechziger Jahren Hunderttausende von Ausländern als ‚Gastarbeiter' ins Land lockten und diese langsam aber sicher die Deutschen vom Arbeitsmarkt verdrängten. Anstatt die mittlerweile 15 Millionen in Deutschland lebenden ‚Menschen mit Migrationshintergrund' als Konkurrenz für den deutschen Arbeiter zu sehen, registrieren die Gewerkschaften diese als potenzielle Mitglieder und somit Beitragszahler ihrer eigenen Organisation.“

Der DGB als „Handlanger der Globalisierung“

Dass der Traum von einem „nationalen Gewerkschaftsbund“ in der Bundesrepublik reichlich irreal ist, hatten Rechtsextremisten spätestens in den 90er Jahren erfahren müssen. Seit vielen Jahren hatten sich NPD-Mitglieder in dem vor allem in NRW tätigen „Deutschen Arbeitnehmerverband“ (DAV) breit gemacht. NPDler saßen im Bundesvorstand, in der DAV-Mitgliederzeitschrift „Deutsche Arbeitnehmer-Zeitung“ (DAZ) tauchten ausländerfeindliche Sprüche und Hetzparolen auf. Den erträumten Durchbruch in der Arbeitnehmerschaft schaffte der DAV nicht. Statt dessen geriet er ins Blickfeld von Gewerkschaftern, die gegen DAV-Treffen protestierten, und Verfassungsschützern, die den Verein in ihre Jahresberichte aufnahmen. 1997 traten die bekanntesten NPD-Protagonisten im DAV, der frühere nordrhein-westfälische NPD-Landeschef Peter Markert und Lothar Ehrlichmann, von ihren Funktionen zurück.

Im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ setzte Ehrlichmann später seinen Feldzug gegen den DGB fort. „Im Verlauf der Nachkriegsjahrzehnte mutierten die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften von ursprünglich überwiegend marxistisch indoktrinierten ‚Klassenkämpfern' zu systemfrommen Nutznießern des Kapitalismus ... Die Gewerkschaften degenerierten schließlich zu bloßen ‚Hiwis' der Finanz- und Konzernkapitalisten.“ Sie hätten mitgewirkt an der Vermögensverteilung „von den Schaffenden zu den Raffenden“, schrieb er und bediente sich dabei des NS-Vokabulars. Er warf ihnen vor, ihre Tarifpolitik habe „einen Rationalisierungsschub nach dem anderen“ bewirkt – mit der Folge von Arbeitslosigkeit und Produktionsverlagerungen ins Ausland. Trotz seiner teilweise antikapitalistischen Attitüde klingt vieles bei Ehrlichmann, als sei es aus älteren Broschüren von Arbeitgeberverbänden abgeschrieben. Da ist die Klage über vom DGB „ferngesteuerte“ Betriebsräte, über eine angeblich enorme politische Machtfülle durch eine überproportionale Vertretung im Bundestag, über Verflechtungen mit der SPD, die den Anspruch einer Einheitsgewerkschaft zur „sinnwidrigen Selbstbezeichnung“ mache.

Der bayerische NPD-Funktionär Roland Wuttke schließlich macht schon in der Titelzeile eines DS-Beitrags deutlich, was die Partei an den Gewerkschaften stört: „Das falsche Spiel der Gewerkschaften – Anstatt deutsche Arbeitnehmerinteressen zu verteidigen sind die DGB-Gewerkschaften Handlanger der Globalisierung.“ Gewerkschaften hätten sich vom „kapitalistischen System korrumpieren“ lassen: „Sie lassen das unwürdige Spiel der Konzerne bei der Vernichtung und Verlagerung von deutschen Arbeitsplätzen gewähren und sich auf Nebenkriegsschauplätze abdrängen, wie z.B. der Erringung weniger Lohnprozente für Arbeitsplatzbesitzer oder jenen fatalen ‚Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit' in den Betrieben.“ Damit nicht genug, attestiert Wuttke den Gewerkschaften als „Spießgesellen der Globalisierung“ auch noch eine „aktive Rolle bei der Ausplünderung und Unterdrückung Deutschlands“.

Im Ton gemäßigter gab Sascha Roßmüller in der DS (Ausgabe 4/2006) den Gewerkschaften Empfehlungen: „Die Gewerkschaften wären gut beraten, nationale Politikansätze aufzugreifen und sich somit als wirksames Instrument zur Durchsetzung gemeinschaftlicher Selbstbestimmung gegen die Kompetenzanmaßung der internationalen Finanzaristokratie zu begreifen.“ Diesen Ratschlag hin zur Volksgemeinschaftsideologie und hin zum Nationalismus werden die Gewerkschaften nicht befolgen. Und auch die Träume von Neonazis – gehegt in den Hochzeiten des Hartz-IV-Protests –, eigene Blöcke in gewerkschaftlichen Demonstrationen bilden zu können, sind ausgeträumt. Bleibt noch die Möglichkeit, mit eigenen Forderungen die Gewerkschaften zu übertrumpfen. Beispiel Mindestlohn: Während die Gewerkschaften auf 7,50 Euro orientieren, fordert die sächsische NPD 8,80 Euro. Die Zahlensymbolik mag ihr sehr recht sein.

Tomas Sager

13 Sitze für die NPD

Die rechtsextreme Partei konnte ihre Verankerung in den kommunalen Parlamenten Sachsen-Anhalts erheblich steigern.

Bei den Kreistagswahlen in Sachsen-Anhalt hat die rechtsextreme NPD ihr Ziel erreicht, in alle Kreistage einzuziehen, für die sie Kandidaten nominiert hat. Die Teilwahlen waren erforderlich, weil zum 1. Juli in Sachsen-Anhalt eine Kreisgebietsreform in Kraft tritt. Bei den Wahlen für sieben künftige Landkreise trat die NPD an und zieht mit nunmehr 13 Mandatsträgern in diese Parlamente ein. Bislang war die NPD mit noch drei Mandatsträgern in Kreistagen des Landes vertreten, nachdem mehrere Kreistagsabgeordnete ihren Austritt aus der Partei erklärt hatten.

Begünstigt wurde das Ergebnis durch die extrem niedrige Wahlbeteiligung von nur 36,5 Prozent. Sachsen-Anhalt errang damit einen erneuten Negativ-Rekord. Nie zuvor seit der Gründung der Bundesrepublik haben so wenige Wahlberechtigte von ihrem Stimmrecht bei einer Kommunalwahl auch Gebrauch gemacht.

Insgesamt steigerte die NPD ihren Stimmenanteil auf 2,5 Prozent der Wählerstimmen. Bei den zurückliegenden Kreistagswahlen im Jahr 2004 war die Partei lediglich auf 0,7 Prozent der Stimmen gekommen. In einzelnen künftigen Landkreisen konnte die NPD jetzt ihr Ergebnis sogar erheblich höher schrauben. So etwa im künftigen Landkreis Burgenland, wo sie auf 4,7 Prozent der Stimmen kam und damit drei Kreistagsmitglieder stellt. Der NPD-Landesvorsitzende Andreas Karl dürfte dort die NPD-Fraktion zu einer Art Familienunternehmen machen, denn neben ihm standen in verschiedenen Wahlbezirken des künftigen Kreises zwei weitere Mitglieder der Familie Karl als Spitzenkandidaten auf den NPD-Listen. Karl selbst hatte nicht nur für den Kreistag kandidiert, sondern sich auch um das Amt des Landrates im künftigen Kreis Burgenland beworben. Der insolvente Dachdeckermeister erreichte bei der Direktwahl des Landrates mit 5,1 Prozent sogar ein noch besseres Ergebnis als seine Partei bei der Kreistagswahl. Das spektakulärste Einzelergebnis bei der Wahl erzielte in Sotterhausen im Landkreis Mansfeld-Südharz Judith Rothe, Landesvorstandsmitglied des NPD-nahen Rings nationaler Frauen, mit 15,4 Prozent.

Bislang war die NPD nur im bisherigen Burgenlandkreis im Süden Sachsen-Anhalts in Fraktionsstärke im Kreistag vertreten, wo sie ebenfalls drei Abgeordnete gestellt hatte. Künftig kann sie in vier weiteren Landkreisen eigenständige Fraktionen bilden. In die Kreistage der künftigen Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Harz, Mansfeld-Südharz und Salzland zieht die NPD mit jeweils zwei Abgeordneten ein. Lediglich in den künftigen Kreisen Jerichower Land und Saalekreis gelang jeweils nur einem Kandidaten der NPD der Sprung in den Kreistag.

Eine „mittelschwere Katastrophe“

Die geringe Wahlbeteiligung und den daraus resultierenden Erfolg der NPD mit ihrem erfahrungsgemäß hohen Mobilisierungspotenzial bezeichnete Sachsen-Anhalts SPD-Landeschef und Innenminister Holger Hövelmann als „mittelschwere Katastrophe“. Für Roman Ronneberg, Geschäftsführer des Vereins Miteinander e.V., ist das Wahlergebnis sowohl Ausdruck der zum Teil gewachsenen kommunalen Verankerung der NPD als auch einer weit verbreiteten Akzeptanz rechtsextremer Forderungen in Sachsen-Anhalt. Trotz des Deutschland-Paktes mit der DVU, der Sachsen-Anhalt eigentlich der Frey-Partei zuspricht, sei es der NPD gelungen, in kurzer Zeit zumindest auf kommunaler Ebene relativ handlungsfähige Strukturen aufzubauen. Ronneberg verweist in diesem Zusammenhang auf die enge Zusammenarbeit der rechtsextremen Partei mit der neonazistischen Kameradschaftsszene. Die demokratischen Parteien in Sachsen-Anhalt halten sich mit Stellungnahmen zum Abschneiden der NPD bei den Kreistagswahlen auffallend zurück. Ein Umstand, der nicht nur Ronneberg alarmiert. Er warnt deshalb davor, die NPD mit ihren politischen Forderungen in irgend einer Form in die parlamentarische Arbeit der Kreistage einzubeziehen.

Mit Blick auf zurück liegende Wahlergebnisse in Sachsen werden durchaus Analogien deutlich. Eine Ursache des hohen Wählerzuspruchs für die NPD bei der Wahl zum Dresdener Landtag im Jahr 2004 war die komunale Verankerung der rechtsextremen Partei in einigen Landkreisen des östlichen Bundeslandes.

Eberhard Löblich

Der Maulwurf

Rechtsextremist ist beim Technischen Hilfswerk aktiv und wurde für seine Verdienste dort bereits ausgezeichnet.

Der NPD-Fraktionschef im Schweriner Landtag Udo Pastörs hat ein Ziel, er will das – wie er es nennt – System BRD abschaffen. Eine seiner Strategien ist dabei die Unterwanderung der Gesellschaft. Neu ist diese Strategie aber nicht. Schon länger geben Rechtsextremisten den Biedermann. Einer dieser scheinbaren Biedermänner ist der Greifswalder Frank Klawitter. Als 1989 die so genannten „Greifswalder Nationalsozialisten“ entstanden, war er als Gründungsmitglied dabei und gehörte Anfang der 1990er Jahre zum harten Kern der rechtsextremen Hausbesetzerszene in der Hansestadt. Bei der NSDAP/AO bestellte er gemeinsam mit „Kameraden aus dem Norden Mitteldeutschlands“ den NS-Kampfruf und 100 Stück Hakenkreuzaufkleber. Die Bestellung endete mit „Sieg Heil Greifswalder Nationalsozialisten“.

Klawitter war eine große Nummer innerhalb der Szene. Er organisierte Wehrsportlager und war mit den damals führenden ostdeutschen Rechtsextremisten auf Du und Du. Ein Dokumentarfilm aus dem Jahre 1992 zeigt Klawitter – untertitelt als „Führer von Greifswald“ – während einer Wehrsportübung auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz in uniformähnlicher Kleidung. Vor seiner Truppe stehend, wertet er einen Geländemarsch aus. Im Hintergrund ein ausrangierter Panzer. Zum militärischen Repertoire dieser Truppe gehörten neben Geländemärschen auch Schießübungen.

Dann wurde es scheinbar ruhiger um Klawitter. Nach außen trat er kaum noch in Erscheinung. Er fand ein neues Betätigungsfeld beim Technischen Hilfswerk (THW). Als der Greifswalder Ortsverein gegründet wurde, war er dabei und fühlte sich rasch heimisch. Denn das, worauf es beim THW ankommt, „Pflichtbewusstsein, Zielstrebigkeit, Entscheidungsfreude und Kameradschaft“ kannte er ja zu gut aus seiner braunen Vergangenheit. Zum 5. Jahrestag der Gründung des THW-Ortsverbandes 2001 erfolgte dann der Lohn. Als Helfer der ersten Stunde wurde Klawitter bei einer offiziellen Feier für seine Verdienste ausgezeichnet. Heute ist er Gruppenführer der Fachgruppe Wassergefahren und gilt als Experte auf diesem Gebiet. Sein Wissen ist gefragt, auch in der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen.

Seine Gesinnung hat der bei einem größeren Sanitätshaus angestellte Klawitter jedoch nicht geändert. Wes Geistes Kind er ist, lässt sich beim Blick auf das Heck seines Autos erahnen. Hier prangen zwei Aufkleber, einmal einer vom THW und darunter einer der so genannten „Artgemeinschaft“ des Rechtsextremisten Jürgen Rieger. Nach wie vor hat Klawitter gute Kontakte zur rechtsextremen Szene. Besonders intensiv ist seine Beziehung zu dem Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Ostvorpommern/Greifswald – dem mehrfach strafrechtlich verurteilten Lutz Giesen. Beide nutzen abwechselnd einen auf Klawitter zugelassenen VW-Kleintransporter aus alten Bundeswehrbeständen.

Als die rechtsextreme Heimattreue deutsche Jugend im Juni vergangenen Jahres nach Demmin in ein Lokal auf den Völschower Berg zum nationalen Ringelpietz lud, war eine Mobilnummer als Kontaktmöglichkeit angegeben. Es war dieselbe Nummer, die auch beim THW als die von Klawitter bekannt ist. Im März 2007 führte die Heimattreue deutsche Jugend ein mehrtägiges Werbelager in Mecklenburg-Vorpommern durch. Klawitter stellte seinen Transporter zur Verfügung und war mit von der Partie. Beim örtlichen THW kennt man seine Gesinnung, hat aber keine Probleme mit dem braunen Geist des Kameraden – denn als Agitator und Propagandist rechtsextremen Gedankenguts habe man ihn noch nicht erlebt. Zuletzt bemühte Klawitter sich verstärkt um einen Posten in der Kinder- und Jugendarbeit des THW. Und so wird der nette Herr Klawitter wohl weiter – im Pastörschen Sinne – den Maufwurf beim THW geben.

Thomas Niehoff

Personenkarusell

In der sächsischen NPD werden die Posten umbesetzt.

Die offenkundig dünne personelle Decke an qualifizierten Mitarbeitern nötigt die NPD wohl zu aktuellen personellen Umbesetzungen. Holger Szymanski (Jg. 1972), bisher Pressesprecher und stellvertretender Geschäftsführer der sächsischen

NPD-Landtagsfraktion, wird stellvertretender Chefredakteur des NPD-Bundesorgans „Deutsche Stimme". Auf Teilzeitbasis soll Szymanski, vormals Landesvorstandsmitglied der sächsischen Republikaner und Kontaktperson der „Akademischen Ferialverbindung Rugia Karlsbad", künftig für die NPD-Fraktion als Pressereferent tätig sein.

Neuer Pressesprecher wird der einstige Gelegenheitsautor der „Jungen Freiheit" und der nationalrevolutionären Zeitschrift „Wir Selbst", Arne Schimmer, zuletzt stellvertretender Leiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes und Sprecher des NPD-Landesverbandes Sachsen. Die Funktion des stellvertretenden Leiters des Parlamentarischen Beratungsdienstes übernimmt Sascha Roßmüller (Jg. 1972), Ex-Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN) und Gründungsmitglied des 1993 vom Bayerischen Staatsministerium des Innern verbotenen neonazistischen Nationalen Blocks (NB).

Andreas Storr (Jg. 1968), Amtsleiter für Öffentlichkeitsarbeit beim sächsischen NPD-Landesvorstand und vormals Berliner NPD-Landesvorsitzender sowie zeitweilig JN-Bundesvorsitzender, erhält zunächst das Amt des kommissarischen Pressesprechers des NPD-Landesverbandes Sachsen. Der Beratervertrag mit Andreas Wagner (Jg. 1958), einem früheren WASG-Bundesvorstandsmitglied, läuft Ende April aus. Wagner war seit dem 1. Mai 2006 als sozialpolitischer Berater der NPD-Fraktion tätig.

Neuer stellvertretender NPD-Fraktionsgeschäftsführer in Dresden wird Klaus Wartenfelser, bisher technischer Mitarbeiter der Fraktion. Angaben des rechtsextremen „Störtebeker-Netzes" zufolge soll der Bodyguard Wartenfelser einst Söldner gewesen sein.

Andreas Molau (Jg. 1968), bislang stellvertretender Chefredakteur der „Deutschen Stimme" und bis Anfang 2006 auch Berater der NPD-Landtagsfraktion, arbeitet künftig als Leiter des Amtes Bildung beim NPD-Parteivorstand und als Mitarbeiter des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Molau, Ex-Redakteur der „Jungen Freiheit", ist Vorsitzender der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP).

Anton Maegerle

Warnung vor „No-Go-Area"

Rechtsextreme Übergriffe in Berlin-Lichtenberg.

In der Nacht zum 22. April wurden in einer S-Bahn im Berliner Stadtteil Lichtenberg drei Jugendliche angegriffen und erheblich verletzt. Nach Augenzeugenberichten schlugen sechs Vermummte aus der rechten Szene auf die jungen Leute ein, die als Nazigegner zu erkennen waren. An der Station Lichtenberg verließen die Angreifer die S-Bahn. Zuvor hatten sie noch Reizgas in das Abteil gesprüht. Die Jugendlichen mussten mit gebrochenen Nasen, Platzwunden am Kopf und Augenreizungen im Krankenhaus behandelt werden.

Die Gegend um den Bahnhof Lichtenberg im Berliner Osten hat in den letzten Monaten immer wieder durch rechtsextreme Übergriffe für Schlagzeilen gesorgt. Die „Süddeutsche Zeitung" warnte im Mai 2006 gar vor einer „No-Go-Area Lichtenberg". Kurz zuvor war das langjährige Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Giyasettin Sayan von der Linkspartei ganz in der Nähe des Lichtenberger Bahnhofs von Rechten überfallen worden. Der Politiker musste im Krankenhaus stationär behandelt werden. Im November 2006 wurde der 18-jährige Bezirkspolitiker der Linkspartei Kirill Jermak am Bahnhof Lichtenberg von zwei jungen Männern mit einer Flasche attackiert, als er auf die Bahn wartete. Jermak ordnete die Täter der rechtsextremen Szene zu. Er sah in dem Überfall einen Einschüchterungsversuch, weil er wenige Tage zuvor als Anmelder einer antifaschistischen Demonstration in der Presse bekannt wurde.

Auch die nichtdeutschen Händler um den Bahnhof Lichtenberg beklagen immer wieder Beleidigungen, Bedrohungen und Einschüchterungen durch Rechtsextremisten. So berichtete eine vietnamesische Blumenverkäuferin gegenüber der „Süddeutschen", dass vier Männer aus der rechten Szene vor ihrem Laden mehrere Regale umgestürzt und dabei geschrieen hätten: „Heil Hitler, so machen wir das hier in Lichtenberg." Die Frau erklärte, dass sie die Männer, die in der Nähe wohnten, fast täglich auf der Straße sieht. Die Polizei habe sie aus Angst nicht eingeschaltet. Schließlich hätten ihr die Rechtsextremisten unverhohlen gedroht. „Willst du, dass wir den ganzen Laden ausräumen?"

Peter Nowak

Treffen im „Deutschen Haus"

Völkisch gekleidete Menschen versammeln sich jedes Jahr zu Ostern in der niedersächsischen Heide.

Erstmalig war die alljährliche Ostertagung der rassistischen Weltanschauungsgemeinschaft Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. in diesem Jahr von öffentlichen Protesten vor Ort begleitet worden. Rund 100 Anhänger eines „Aktionsbündnisses gegen Rechts" und des DGB hatten sich im Heideort Dorfmark in Niedersachsen vor dem Gasthof „Deutsches Haus" postiert, verteilten Infomaterial und Kuchen.

Der Bund für Gotterkenntnis (BfG) geht auf die Lehren der Ärztin Mathilde Ludendorff zurück, deren Ehemann Erich Ludendorff General unter Hitler war. Ihr Denken war von antisemitischen Verschwörungstheorien geprägt. In einem Entnazifizierungsverfahren wurde die „Philosophin" 1950 zunächst als Hauptschuldige, dann jedoch als „Belastete" eingestuft. Der BfG war nach 1945 verboten, formierte sich jedoch 1951 offiziell neu und wurde 1961 erneut wegen Verfassungsfeindlichkeit verboten. Wegen Verfahrensfehler hob ein bayerisches Verwaltungsgericht das Verbot 1977 jedoch auf. Seitdem wird die rassistische Organisation immer wieder vom Verfassungsschutz beobachtet. Nach Angaben der Hamburger Behörde gehören dem in Tutzing in Oberbayern ansässigen Bund bundesweit rund 240 Mitglieder an, angeführt wird er von dem Arzt Günther Duda.

Zur Ostertagung im Jahr 2006 war auch der ehemalige NPD-Stratege Steffen Hupka mit einem Büchertisch nach Dorfmark gereist. Wie in diesem Jahr ebenfalls prägen seit über 30 Jahren völkisch gekleidete Familien das Dorfbild zu Ostern, sie reisten aus Hamburg, Bremen, Bad Doberan, Sachsen-Anhalt, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und auch aus Österreich an. Neugierig versuchten ältere Anhänger mit den Gegendemonstranten ins Gespräch zu kommen. Eine Frau im Dirndl erstattete aufgeregt Anzeige gegen Fotografen, während der Gastwirt vom „Deutschen Haus" selbst die Teilnehmer des Bündnisses fotografierte und eine Mitarbeiterin schimpfte, sie würde auch die NPD ins Haus lassen. Sie räumte ein, die Ludendorffer würden „viel Geld ins Dorf" bringen und außerdem seien das „friedliche Leute".

Auf dem Programm der viertägigen Tagung standen neben einem „Bunten Abend" Vorträge über „die alleinige und all-einende Gottheit", „die Wikinger – Aufstieg und Niedergang eines frühmittelalterlichen Kulturkreises", sowie „Reichtum der Genialität – zum 130. Geburtstag der Philosophin Mathilde Ludendorff". Immer wieder gab es in der Vergangenheit personelle Verflechtungen und Kooperationen zwischen dem Bund für Gotterkenntniss und Gruppen wie der – 1994 verbotenen – Wiking-Jugend oder der NPD.

„Rassen und Völker mit Lichtlehren wähnen sich dem Göttlichen nahe"

In Dorfmark gaben sich die Ludendorffer bewusst demokratisch. „Mit der NS-Zeit" wolle man nichts zu tun haben, aber die NPD sei ja nicht verboten, rechtfertigte sich ein älterer Herr, während eine Frau an seiner Seite den Gegendemonstranten eine Schrift in die Hand drückte. Darin heißt es, die Ludendorffer seien „nicht germanengläubig", es werde auch nicht „das Recht des Stärkeren" propagiert. Sondern: „Aus der unterschiedlichen Art des religiösen Erlebens erkennt die Philosophie sog. 'Lichtlehren' und 'Schachtlehren'. Dabei wird erkannt, dass sich die Rassen und Völker mit Lichtlehren dem Göttlichen nahe wähnen, während die Rassen mit Schachtlehren im Gehorsam gegen Gott ihr tiefes religiöses Erleben finden." Man erkenne „jede Rasse und jedes Volk als einmalige Äußerung göttlichen Willens" an und eben diese Einstellung schließe Rassismus aus, heißt es abschließend.

Während sich Anhänger des Bundes für Gotterkenntnis auch auf dem Pamphlet als Opfer potenzieller Angriffe darstellten und vor Ort von möglicher Gewaltanwendung sprachen, raste ein Auto mit lokalen Neonazis an der Mahnwache vorbei, einer schrie „Sieg Heil" aus dem Fenster und zeigte den Hitlergruß. Gegendemonstranten mit einem Transparent sprangen rechtzeitig noch zur Seite. Auf dem selbst gefertigten Banner stand: „Rosa Luxemburg statt Mathilde Ludendorff".

Andrea Röpke

Ausland

Kandidat des Abstiegs

Rund ein Viertel der früheren Le Pen-Wähler stimmten für Sarkozy. Le Pen erhielt die höchste Zustimmung bei Zeitarbeitern und in früheren Arbeiterregionen.

Der große Wahlverlierer im ersten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahl ist der rechtsextreme Kandidat Jean-Marie Le Pen. Zuvor hatten ihn die Meinungsforschungsinstitute die letzten Monate hindurch konstant überbewertet, und zahlreiche Beobachter hatten über mögliche „Überraschungen" auf dieser Seite spekuliert oder gemunkelt. In aller Regel waren dem Chef des Front National (FN) zwischen 13 und 17 Prozent der Stimmen vorhergesagt worden. Am vorigen Sonntag erhielt der Chef des Front National (FN) 10,5 Prozent der Stimmen. Dies ist sein magerstes Ergebnis überhaupt bei einer Präsidentschaftswahl, sieht man von seiner Kandidatur im Jahr 1974 (0,74 Prozent) ab, als die extreme Rechte noch eine Splitterpartei bildete. 1981 hatte der rechtsextreme Politiker nicht kandidieren können, und bei seinen drei Kandidaturen von 1988, 1995 und 2002 erhielt er zwischen 14,4 und 17 Prozent.

Besonders deutlich ist der Rückgang des FN-Kandidaten in jenen Regionen, wo die Wählerschaft der Partei historisch von der traditionellen Rechten gekommen ist. Dies gilt für das Elsass, wo der FN seit den 1980er Jahren eine traditionell christdemokratisch geprägte Wählerschaft – im Zuge ihrer Entkonfessionalisierung – aufgesogen hatte, und für die Region PACA (Provence-Alpes-Côtes d'Azur). Dort hatte die rechtsextreme Partei sich vor allem auf ehemalige Algerienfranzosen, die nach der Entkolonialisierung in Mittelmeernähe angesiedelt wurden und traditionelle Rechtswähler sind, stützen können. In diesen Regionen hat die konservative Rechte mit ihrem Kandidaten Nicolas Sarkozy beträchtliche Zugewinne auf Kosten Le Pens erzielen können. Gleichwohl zählen dieselben Regionen weiterhin zu jenen, wo der FN-Kandidat, relativ betrachtet, am stärksten abgeschnitten hat: Im Elsass und in PACA erhält er je noch knapp unter 14 Prozent. Geringer sind die Verluste (gemessen am früheren Stimmenanteil) in früheren Arbeiterregionen, so in der Picardie, die erst in den letzten Jahren zur Hochburg des FN geworden ist, wo Le Pen sich aber noch immer bei fast 15,5 Prozent hält. Hier sind die Überschneidungen zwischen dem traditionellen rechten, konservativen Publikum und dem FN relativ gering, und Le Pen hat nicht so hohe Verluste zugunsten des Kandidaten der bürgerlichen Rechten zu beklagen.

Was die Verteilung seines landesweiten Ergebnisses auf soziale Gruppen betrifft, so sind die Kleinunternehmer mit rund 13 Prozent, die Arbeiter in ähnlicher Höhe und die Arbeitslosen mit rund 15 Prozent leicht überrepräsentiert. Am stärksten fällt der Stimmenanteil für Le Pen, laut Zahlen der Wirtschaftszeitung „La Tribune", mit 24 Prozent unter den Zeitarbeitern aus. Anscheinend sind viele von ihnen darum bestrebt, ihre täglich erlebte soziale und wirtschaftliche Prekarität durch ein ausgeprägtes, ideologisiertes „Sicherheitsbedürfnis" zu kompensieren.

Laut Berichterstattung der Tageszeitungen „Libération" und „Le Monde" sollen 23 beziehungsweise 28 Prozent der Wähler Jean-Marie Le Pens sich dieses Mal für den früheren Innenminister Nicolas Sarkozy entschieden haben. „Libération" hatte am 23. April in einer Karikatur einen Kopf Nicolas Sarkozys auf dem Rumpf Jean-Marie Le Pens, neben dessen abgefallenem Haupt, dargestellt. In einem Interview mit Libération vom 12. April hatte der Ex-Innenminister explizit von seinem Willen, „die Wähler des FN zu gewinnen", gesprochen.

Jean-Marie Le Pen selbst will am 1. Mai anlässlich des traditionellen rechtsextremen Aufmarschs vor der Pariser Oper verkünden, zu welchem Stimmverhalten im zweiten Durchgang er aufruft. In der Vergangenheit hat er sich dabei unterschiedlich positioniert. So rief er 1988 aus: „Keine Stimme für (François) Mitterrand!" Das ließ eine Stimmabgabe für dessen konservativen Gegenkandidaten Jacques Chirac ausdrücklich offen. Aber in der Folgezeit zürnte Le Pen über den bürgerlichen Politiker, da dieser keinen persönlichen Kontakt mit ihm akzeptierte, sondern ihn nach Le Pens Worten „als Aussätzigen behandelte". 1995 wertete Le Pen im Vergleich mit Chiracs Widersacher: „Chirac ist schlimmer als Jospin!" Mit Spannung wird erwartet, ob Le Pen am 1. Mai, direkt oder indirekt, zur Stimmabgabe für Sarkozy in der Stichwahl fünf Tage später aufrufen wird oder nicht.

Bernhard Schmid

Vermasselter „Geburtstag“

Internationaler rechtsextremer Kongress am 21. April in Lissabon ist kurzfristig geplatzt.

Unmittelbar vor einer geplanten internationalen Konferenz „Tag der nationalen Jugend“ am 21. April in Lissabon haben die federführenden Kreise die Zusammenkunft abgesagt. Kenner der Szene waren davon ausgegangen, dass mit einem länderübergreifenden Treffen dem Hitler-Geburtstag gehuldigt werden sollte. Dazu hatten die Organisatoren von der Partei der Nationalen Erneuerung (PNR) und von dem rechtsextremen Jugendbündnis Juventude Nacionalista (JN) unter der Themenstellung „Aktivismusformen in Europa“ 200 bis 300 Gesinnungsgenossen erwartet, aber es wollte einfach nicht mit der Saalanmietung klappen. Es gab nach PNR-Informationen lediglich einen Meinungsaustausch mit Kräften der NPD und der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS), die bereits angereist waren.

Bereits zuvor war ein ursprünglich vorgesehenes Rechtsrockkonzert mit vier Gruppen gestrichen worden. Da wurde die spanische Band „Brigada Totenkopf“, deren Tonträger beim in Chemnitz geführten Wotan-Versand bestellt werden können, aufgeführt. Die Neonazi-Kombo steht für die Lieder „Für Hitler und für Europa“ sowie „Konzentrationslager“. Sie war 2005 auf einem Video-Sampler der in Deutschland verbotenen „Blood&Honour“-Organisation zu finden. Musizieren sollten auch „Asedio“ aus Spanien sowie „Bullet 38“ aus Portugal, bei denen man zum Beispiel die Textzeile „die neue SS marschiert“ finden kann. Als Band Nummer 4 war ein portugiesischer Überraschungsgast angekündigt.

Die Absage sei von den Kongressausrichtern „aus Sicherheitsgründen“ erfolgt, so die Verlautbarung im offiziell selbst verwendeten Sprachjargon der Rechtsextremen. Doch sie hat wohl auch etwas mit den am 18. April landesweit stattgefundenen Polizeirazzien zu tun. Unter anderem in den Städten Lissabon, Porto, Braga, und Tejo gab es zahlreiche Hausdurchsuchungen gegen Aktivisten der PNR, bei denen nach Waffen und Munition gefahndet wurde. Dabei kam es zu mehreren Festnahmen und die Behörden verhängten verschiedlichentlich Hausarreste und Meldeauflagen. Haftbefehl erging gegen Mario Machado, Führer der portugiesischen Bewegung Nationale Front (Frente Nacional), der nicht das erste Mal wegen illegalen Waffenbesitzes im Visier der Ermittler steht. Er saß bereits eine Haftstrafe von vier Jahren und drei Monaten ab, zu der er verurteilt wurde, weil er 1995 an einem Angriff von Neonazis auf Einwanderer beteiligt war, bei dem ein Afrikaner zu Tode kam. Machado verfügt über Kontakte zur rechtsextremen Szene in Deutschland. PNR-Chef Jose Pinto Coelho sprach davon, mit der Aktion sollte vom Kongressbesuch abgeschreckt werden. Die 24-jährige JN-Vorsitzende Rita Vaz, eine Medizinstudentin, meinte, dass die Waffen-Angelegenheit doch eine Privatsache der Beteiligten sei. Kurz nach diesem Statement legte sie dann ihr Amt nieder.

Eingeladen waren befreundete europäische Organisationen und Parteien des rechtsextremen Spektrums. Dabei unter anderem Forza Nuova und Fiamma Tricolore (beide Italien), Combat Espanha, Democracia Nacional, Alianza Nacional (alle Spanien), Vlaams Belang aus Belgien und Nordiska Förbundet aus Schweden. Dazu die NPD und PNOS. Glaubt man portugiesischen Medien, rechnete man auch mit dem Kampfbund Deutscher Sozialisten. Gruppierungen aus Rumänien und Tschechien hatten schon vorher wie auch die British National Party ihre Teilnahme zurückgezogen, der französische Front National auf die aktuellen Wahlen verwiesen. Nach Informationen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands sollte die FPÖ vertreten sein, was von dieser bestritten wird. Verbindungen gibt es offenbar um den frisch bestätigten Kärntner Obmann vom Ring Freiheitlicher Jugend, Christoph Töfferl, jüngst auch Autor in der NPD-Monatsschrift „Deutsche Stimme“. Töfferl war am 16./17. Februar bei einem Treffen der so genannten Europäischen Nationalen Front (ENF) unter Federführung der NPD im sächsischen Riesa mit dabei – als Privatperson, wie er betont. Die ENF ist ein Zusammenschluss von rechtsgerichteten Parteien in Europa, dem derzeit Roberto Fiore (Forza Nuova) vorsteht, der 1985 wegen Verwicklungen in das Zug-Bombenattentat 1980 in Bologna zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, sich aber dem Gefängnisaufenthalt durch Abtauchen in Großbritannien entzog. In Lissabon hatte es übrigens am 19. November 2005 schon einmal eine internationale Konferenz gegeben.

Freya Harz

Grauzone

Buchhalter des Schreckens

Führungskopf der Foltersekte Colonia Dignidad in Deutschland aufgespürt – Kontakte bestehen zu rechtsklerikalen Fundamentalisten.

Der von der chilenischen Justiz mit internationalem Haftbefehl gesuchte Buchhalter der Colonia Dignidad („Kolonie der Würde"), Albert Schreiber(Jg. 1931), wurde von einem ARD-Team in Krefeld entdeckt. Schreiber war einer der engsten Gefolgsleute des Gründers und pädophilen Sektenführers der Colonia Dignidad, Paul Schäfer (Jg. 1921). Die Staatsanwaltschaft Bonn ermittelt gegen Schreiber wegen Beihilfe zu sexuellem Missbrauch, die Staatsanwaltschaft Memmingen wegen versuchten Mordes. Die von Chile geforderte Auslieferung ist nach dem Grundgesetz nicht möglich.

Das 1961 gegründete deutsche Sektenlager in der Nähe der südchilenischen Stadt Parral, in dem zeitweilig bis zu 500 Auswanderer lebten, war in Folter, Massenmorde, Waffenschmuggel und die Produktion von B- und C-Waffen verwickelt. 13 000 Hektar umfasst das Anwesen und ist damit dreimal so groß wie das Bundesland Bremen. Die Colonia Dignidad, die sich heute „Villa Baviera" nennt, wurde von verschiedenen staatlichen Stellen in Chile einerseits unterstützt und andererseits ignoriert. So konnte aus ihr quasi ein eigener Staat entstehen. In bundesdeutschen rechten Kreisen gab es viel Sympathie für die Colonia Dignidad – galt diese doch lange als Idylle, wo nicht „68" die alten Werte zerbröseln ließ. Im „Casino Familiar" hing ein Porträt von CSU-Chef Franz Josef Strauß mit persönlicher Widmung.

Schreiber war Strohmann der Firma Abratec, mit der Sektenchef Schäfer die juristische Auflösung der Colonia Dignidad 1991 unterlief. In der Colonia Dignidad hatte Schreiber mehrere Aufgaben. So dolmetschte er zwischen dem früheren Chef des chilenischen Geheimdienstes DINA, Manuel Contreras, und der Sektenführung. Bei den Besuchen des chilenischen Diktators Augusto Pinochet in der Colonia Dignidad war er einer der Chauffeure und Dolmetscher. Pinochet ließ während seiner 17-jährigen Regentschaft 3000 Menschen umbringen, unter anderem in der Colonia Dignidad. Enge Kontakte hatte Schreiber zu Edgardo Bathich, dem chilenischen Vertreter des internationalen Waffen- und Drogenhändlers Monzer Al-Kassar. Daneben pflegte Schreiber Geschäftsbeziehungen mit Pinochets Sohn Marco Antonio. Schreiber war auch Empfänger eines Koffers mit Laborartikeln, mit denen die DINA das Giftgas Sarin herstellte. Der Absender war Michael Townley, der 1996 den ehemaligen chilenischen Außenminister Orlando Letelier in Washington durch eine Bombe tötete.

Ein Jahr nach Pinochets Abgang wurde der Colonia Dignidad die Gemeinnützigkeit aberkannt, aber erst 1997 musste der fanatische Antikommunist Schäfer untertauchen. Ein Jahr zuvor setzte sich Schreiber von der Colonia Dignidad ab, da er wegen der Verweigerung der Übergabe Minderjähriger (von Schäfer missbrauchte Jungen) und Widerstands im Visier der chilenischen Staatsanwalt war. Bei seiner Flucht soll Schreiber einen hohen Geldbetrag mitgenommen haben; seit 1986 war er für die aus der Bundesrepublik überwiesenen Rentenzahlungen an Bewohner der Colonia Dignidad zuständig. Untergetaucht in der Bundesrepublik ist auch Hans-Jürgen Riesland. Riesland gehörte wie Schreiber zum Führungskreis der Colonia Dignidad.

In Krefeld ist Schreiber – wie auch frühere Colonia Dignidad-Bewohner/innen – regelmäßiger Besucher der gemeinnützigen „Freien Volksmission" des fundamentalistischen Predigers Ewald Frank (Jg. 1933), der finstere Visionen vom Weltuntergang beschwört. Frank, der Schäfer seit Jahrzehnten kennt, war mehrfach selbst in der Colonia Dignidad. Von seinem Missions-Zentrum verschickt Frank Traktakte und Bücher in die ganze Welt. Er ist der Auffassung, dass das „nominelle Christentum nicht unter der Herrschaft Christi, sondern unter dem Einfluss des antichristlichen Zeitgeistes" stehe. Dem Zeitgeist hat sich aber auch Frank untergeordnet. Seine Predigten werden live in mehreren Sprachen über seine Homepage verbreitet. Seit Jahren kann Frank immer wieder halb- oder ganzseitige Anzeigen in den „Informationen" des rechtsklerikalen Arbeitskreises Christlicher Publizisten (ACP) verbreiten. Die „religiösen ACP-Eiferer" („Der Spiegel") veranstalteten am 21./22. April eine Bundestagung, für die unter anderem in der „Jungen Freiheit" geworben wurde.

Anton Maegerle

Seitenblick

Bedrohung aus dem Fanblock

Ausländerfeindliche Gesänge und Sprechchöre gegen den Präsidenten des eigenen Handball-Vereins.

Die Grenzen zwischen Sportfans und rechtsextremen Kameradschaften sind fließend. Das zeigten schon in der Vergangenheit immer wieder Affenrufe, wenn dunkelhäutige Spieler auf dem Feld waren. Jetzt hat die Fremdenfeindlichkeit im Sport eine neue Dimension erreicht. Der Präsident des Handball-Zweitligisten Dessau-Roßlau (DRHV), Oguzcan Demirtas, ist nach wiederholten postalischen Bedrohungen und fremdenfeindlichen Gesängen aus dem Fanblock mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurück getreten.

In diesem Fall handelt es sich nicht um gewöhnliche Ausfälle von möglicherweise angetrunkenen Sportfans, die Angelegenheit bleibt also nicht nur ein Fall für den Deutschen Handball-Bund. Die Staatsschutzabteilung der Polizei hat die Ermittlungen von Amts wegen aufgenommen, ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung, Bedrohung und Beleidigung.

Den Ausschlag für den Rücktritt gaben türkenfeindliche Gesänge aus dem Fanblock bei einem Spiel Ende März. „Diese Gesänge waren nicht der spontane Ausrutscher von einem, zwei oder drei angetrunkenen Fans, das war eine riesengroße Gruppe, die akkustisch die Halle gefüllt hat und die offenbar im Vorhinein organisiert war“, ist sich Demirtas sicher. „Aber sie waren tatsächlich nur der Tropfen, der das Fass im sprichwörtlichen Sinne zum Überlaufen gebracht hat.“ Zumal die türkenfeindlichen Gesänge und Sprechchöre nicht zum ersten Mal durch die Halle geschallt waren.

Der 39-Jährige hat schon geraume Zeit Drohbriefe erhalten, teilweise verbunden sogar mit Morddrohungen. „Geh dahin, wo du hergekommen bist“, war ein Satz, der in diesen Briefen immer wieder auftauchte. Nicht nur Demirtas ist sicher, dass diese Kampagne gegen ihn organisiert war. „Die Schnittmenge zwischen Sportfans und Rechtsextremisten ist ziemlich hoch“, sagt ein Beamter der Bereitschaftspolizei, der häufig zur Absicherung von Sportveranstaltungen abgestellt wird, namentlich aber nicht genannt werden möchte. „Und in Dessau ist die Sache besonders ausgeprägt.“ Offiziell nehmen Polizei und Staatsanwaltschaft mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen zu dem Fall keine Stellung. Auch das Innenministerium Sachsen-Anhalts hält sich bei einer Anfrage sorgfältig zurück.

Oguzcan Demirtas ist als kleines Kind mit seinen Eltern vor 35 Jahren nach Deutschland gekommen. 1991 kam er nach Dessau und baute dort ein Unternehmen auf. Der Finanzdienstleister beschäftigt inzwischen mehr als 100 Mitarbeiter, ist einer der wichtigsten Arbeitgeber in Dessau. Seine Mitarbeiter, darauf legt er Wert, sind „alles Deutsche, und fast alle aus der Region“.

Das Präsidium des DRHV hat zwar noch versucht, Demirtas umzustimmen und ihn zum Rücktritt vom Rücktritt zu bewegen, aber für den Unternehmer ist sein Entschluss endgültig. „Einmal muss Schluss sein mit den Anfeindungen der eigenen Fans“, sagt er. Und verweist auf andere Handball-Vereine in Deutschland, die nur durch ausländische Spieler ihre Erfolge erzielen. „Was zählen muss, sind Leistung und Persönlichkeit, nicht die Herkunft.“ Tatsächlich gab es im Handball bislang längst nicht so viele fremdenfeindliche Ausfälle wie im Fußball. So gilt zum Beispiel beim SC Magdeburg der dunkelhäutige Franzose Joel Abati bei den Fans als einer der größten Stars. Aber Dessau-Roßlau ist anders. Und wird sich durch die aktuellen Vorgänge womöglich auch noch weiter verändern. Demirtas war nicht nur Präsident des DRHV, sondern ist auch der Hauptsponsor des Vereins. Pro Saison hat er nach eigenen Angaben einen sechsstelligen Betrag in die Kasse des Vereins gepumpt. In diesem Jahr werde er an seinem Sponsorenvertrag festhalten und die vereinbarten Zahlungen leisten. Er sei schließlich vertragstreu. „Wie es im kommenden Jahr aussieht, steht auf einem ganz anderen Blatt.“

Grund dafür: Der Fan-Club des DRHV hat zwar seinen stellvertretenden Vorsitzenden als angeblichen Initiator der fremdenfeindlichen Sprechchöre und Gesänge offiziell ausgeschlossen. Aber das sieht Demirtas nur als Bauernopfer. „Der wird auch weiterhin im Fanblock sitzen“, ist er überzeugt. „Eine Entschuldigung seitens des Fan-Clubs bei mir“, sagt er, „ist bis heute nicht erfolgt.“

Eberhard Löblich

Meldungen

NPDler im Braunhemd

Eindhoven (Niederlande) – In der Nähe von Eindhoven haben niederländische und deutsche Neonazis am 21. April eine Gedenkveranstaltung zum Hitler-Geburtstag durchgeführt. Neben den Holländern Eite Homan, Constant Kusters, Stewart Mordaunt und Alwin Walther gehörte auch NPD-Mitglied und „Deutsche Stimme"-Autor Ralph Tegethoff zu den Rednern. Fotos, die die Neonazipartei Nederlandse Volks-Unie (NVU) veröffentlichte, zeigen ihn im Braunhemd und mit Schulterklappen am Rednerpult, das mit einer Odalrune „geschmückt" war. Tegethoff rühmte dabei die Waffen-SS für ihren Einsatz gegen das „bolschewistische Ungeheuer". Die versammelten Neonazis begeisterten sich auch an einem Film über den Hitler-Geburtstag 1939. (ts)

Punktsieg für Eigenfeld

Scharzfeld – Der langjährige NPD-Landesvorsitzende in Niedersachsen, Ulrich Eigenfeld aus Oldenburg, ist am 15. April beim Landesparteitag der Partei in Scharzfeld bei Bad Lauterberg wiedergewählt worden. Der Neuwahl des Landesvorstandes waren interne Streitigkeiten vorausgegangen. So hatte eine Gruppe um Eigenfeld-Konkurrent Adolf Dammann aus Buxtehude die Abwahl des amtierenden Vorsitzenden gefordert, um den Weg für eine engere Zusammenarbeit mit den Freien Kräften freizumachen. Dieser Coup gelang nicht, bei der Abstimmung der 70 anwesenden Delegierten unterlag Dammann. Insgesamt herrschte an dem Sonntag unter den rund 100 anwesenden Neonazis angespannte Stimmung. In längeren Reden hatten sich unter anderem Udo Voigt und Holger Apfel für Eigenfeld stark gemacht. Einige Anhänger der Freien Nationalisten zogen daraufhin ihre Kandidaturen für weitere Posten zurück. Die „Kameradschaft Weserbergland" verließ vorzeitig den Saal. Nur mit Mühe konnte Dammann zur Kandidatur bei den Landtagswahlen im Januar 2008 überredet werden. Als Spitzenkandidat der NPD soll der ehemalige Waldorf-Lehrer Andreas Molau den schwelenden Streit zwischen den rechten Fronten lösen. Der 39-Jährige, der laut NPD-Angaben „für die nationale Sache" wirbt „wie kein anderer", biederte sich dann auch in seiner Antrittsrede den Freien Kräften an. Nach eigenen Angaben war die zuständige Polizeibehörde in Northeim über den geplanten NPD-Parteitag im Harz-Ort Scharzfeld vorab nicht informiert. Das Dorfgemeinschaftshaus ist privat verpachtet. Der Wirt begrüßte gegen Mittag den Herzberger CDU-Bürgermeister Gerhard Walter, der auch für Scharzfeld zuständig ist. Walter räumte gegenüber Journalisten ein, nichts dagegen zu haben, daß die NPD dort tagt, „solange nichts passiert". (ar)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de